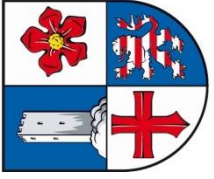


KREIS BERGSTRASSE

Die Auswirkungen des BTHG auf die Arbeit des Jugendamtes

Anlage 1 der Niederschrift

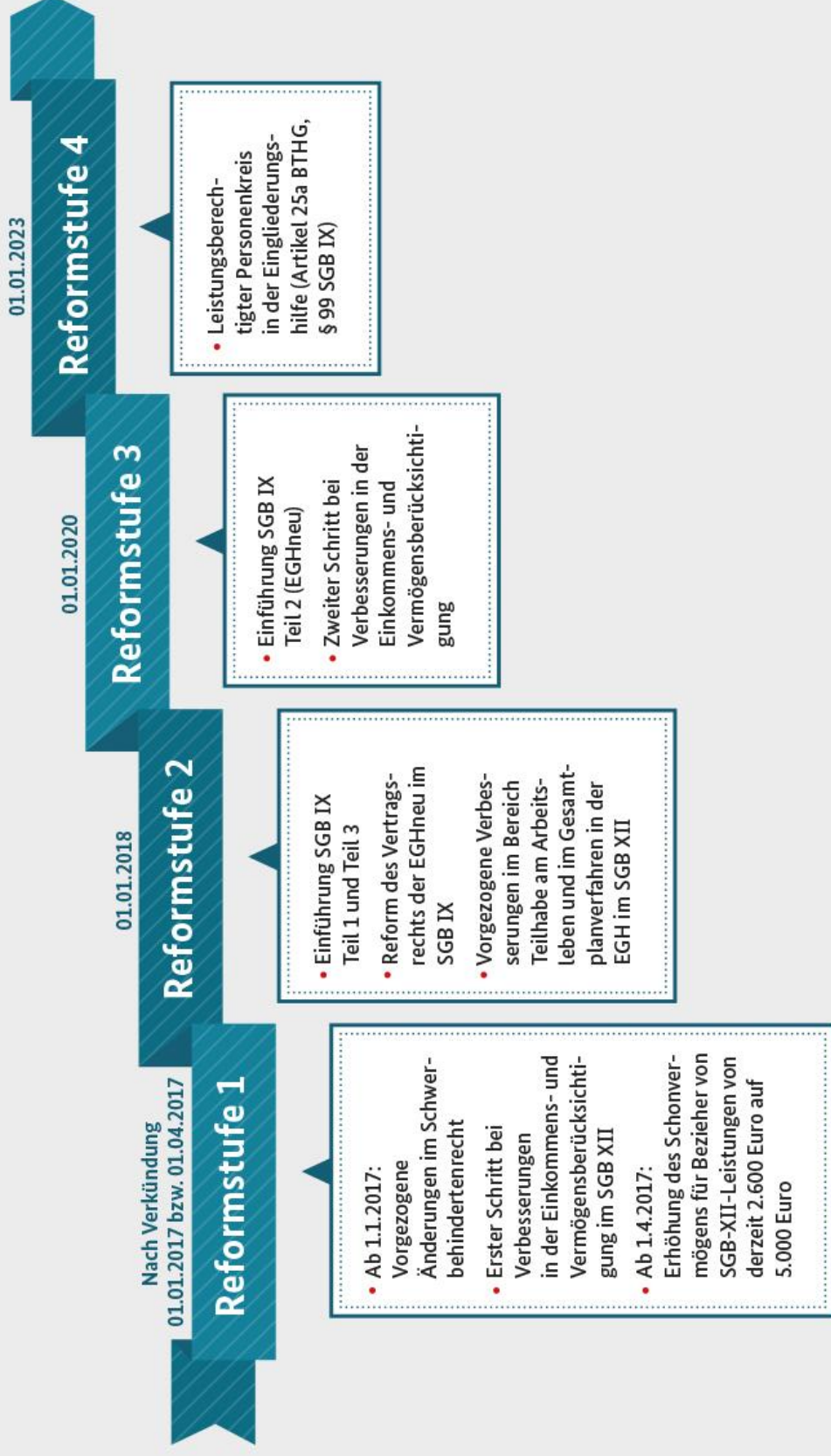
Stand Mai 2019

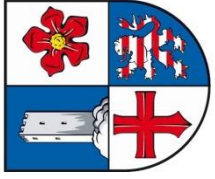


Gesetzliche Grundlagen

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK), die in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, wurde das **Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen** beschlossen. Das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** ist ein in vier Stufen in Kraft tretendes Artikelgesetz bzw. Gesetzgebungsverfahren, durch das Regelungen in verschiedenen bestehenden Sozialgesetzbüchern und weiteren Gesetzen geändert werden. Der Schwerpunkt hierbei liegt bei der Neufassung des Neunten Sozialgesetzbuches (SGB IX) und bei Änderungen des Eingliederungshilferechts.

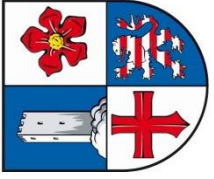
Weiteres Vorgehen - Inkrafttreten





Ausgangssituation bis zur Implementierung des BTHG

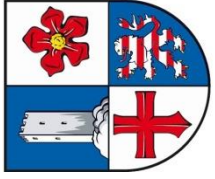
- Bezüglich **Teilhabebeeinträchtigungen** ist die **Jugendhilfe** (SGB VIII) vorrangig zuständig, wenn bei jungen Menschen eine (drohende) seelische Behinderung vorliegt;
- haben sie geistige und/oder körperliche Behinderungen, ist die **Sozialhilfe** (SGB XII) vorrangig zuständig.



„Hilfen aus einer Hand“

Eingliederungshilfen für junge Menschen mit körperlicher, geistiger (SGB XII) und/oder seelischer Behinderung (SGB VIII) werden im **Jugendamt des Kreises Bergstraße seit August 2016 in dem neuen Fachbereich „Migration & Integration“** bearbeitet.

Effekte: Mehr Bürgerfreundlichkeit und –nähe durch eine Anlaufstelle, kürzere Wege, schnellere Klärung, interdisziplinäre Kooperation, Optimierung des Fallmanagements, etc.

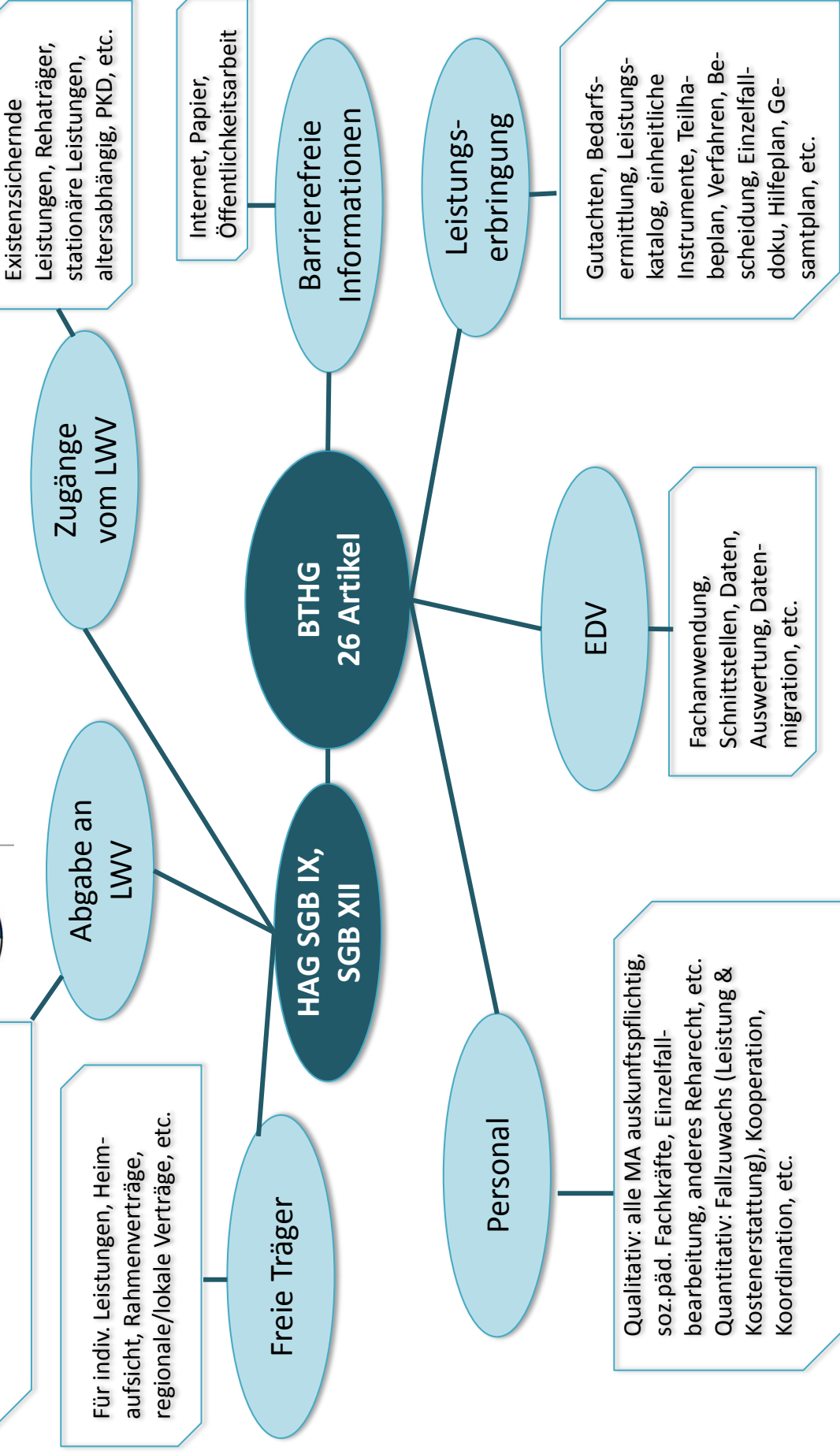


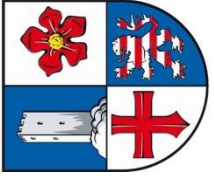
KREIS BERGSTRASSE

Auswirkungen/Veränderungen

Seelische Behinderung: nur Volljährige; körperl., geistig, mehrfach Behinderung: nach Schulabschluss, Abgrenzungsvereinbarung LWV/Örtl. Träger,

Für indiv. Leistungen, Heimaufsicht, Rahmenverträge, regionale/lokale Verträge, etc.



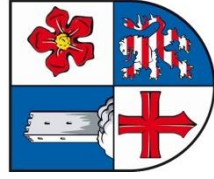


KREIS BERGSTRASSE

Eingliederungshilfe im FB

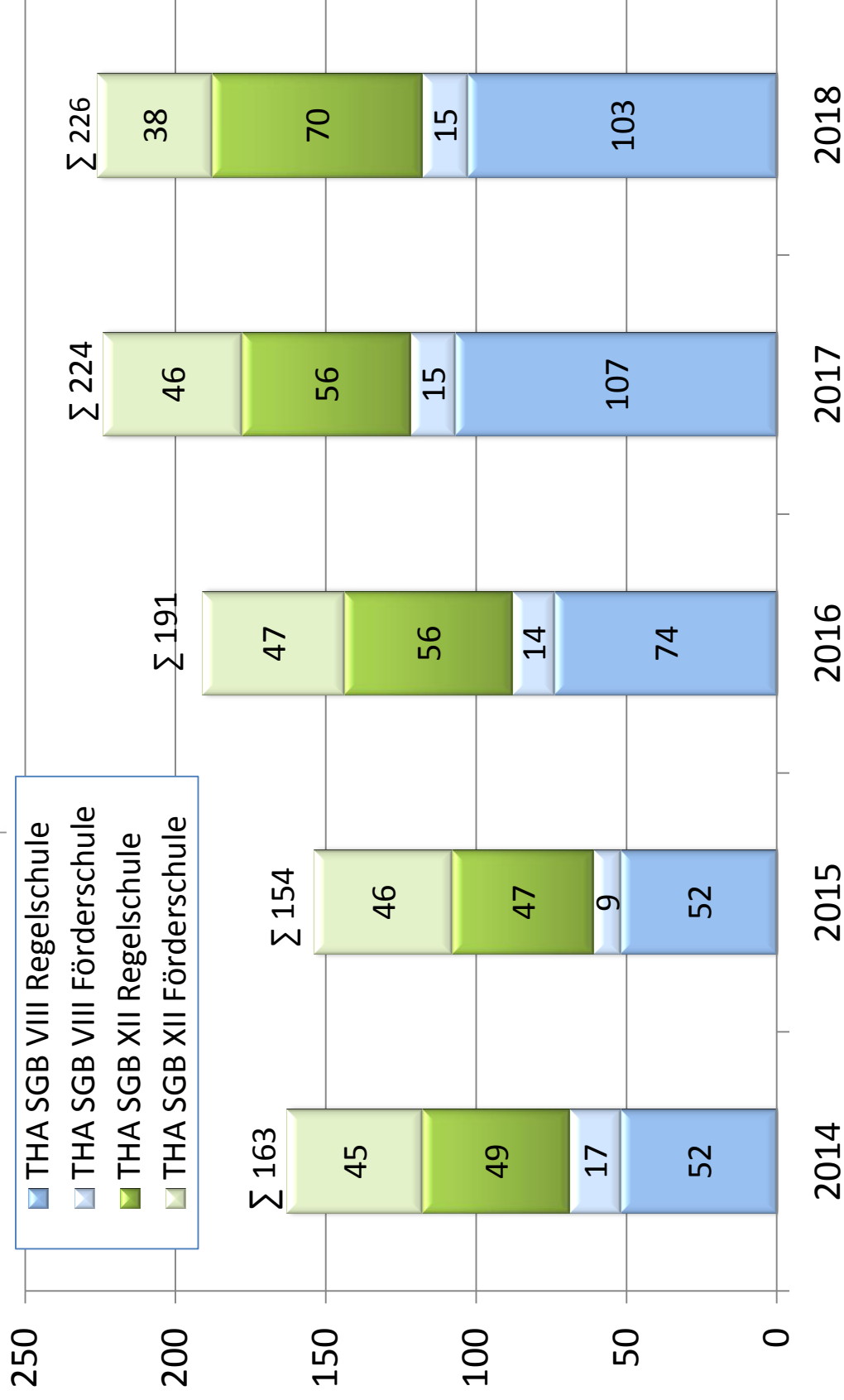
Migration & Integration

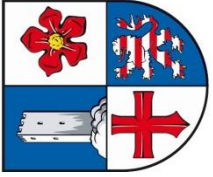
	§ 35a SGB VIII	§§ 53/54 SGB XII
Stellen (Qualifikation)	6,5 VZÄ (Sozialpädagogen)	2,98 VZÄ (Verwaltungsfachkräfte) 1,0 zusätzliche VZÄ trotz Ausschreibung unbesetzt
Gesamtfälle, Stichtag 31.12.2018	~260	~600
<i>Davon Integrationsmaßn. in Kitas nach hess. Rahmenvereinbarung</i>		340
<i>Davon Teilhabeassistenzen</i>	103 an Regelschulen 15 an Förderschulen	70 an Regelschulen 38 an Förderschulen
Tendenz	Fallzahlensteigerung	Fallzahlensteigerung
Ausblick		Ab 01.07.2019 zunächst 1,75 VZÄ Soz.päd. für Gesamteithabe- planung; ab 01.09.19 eine weitere Planstelle



KREIS BERGSTRASSE

Teilhabearbeit



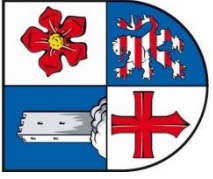


KREIS BERGSTRASSE

BTHG-Planungen ab 01.01.2020

Plan des Gesetzgebers	Auswirkungen	Das heißt
Wechsel der SGB XII Leistungen in SGB IX Leistungen Jugendamt ist nach Hessischem Ausführungsgesetz (HAG) zuständig für alle Eingliederungshilfen nach SGB IX in ambulanter und stationärer Form bis Schulausbildungsende	Neubescheidung <u>aller</u> Hilfen Fallübernahme vom LWV – ca. 70 Fälle mit stationären Maßnahmen Steigerung der Fallzahlen	Mehrarbeit, ggf. angeordnete Überstunden ab Sept. 2019 Stand 31.12.2018 hinzukommende Kosten; Mehrarbeit, da auch diese Fälle zum 01.01.2020 neu beschieden werden müssen
Einführung der jährlichen Gesamt- und Teilhabeplanung aller Hilfen durch pädagogische Fachkräfte	Weiterer Personalbedarf	Personalbedarf im Verwaltungs- und pädagogischen Bereich, umfangreiche Schulungen
<i>Bis zur vollständigen Deckung des Personalbedarfs werden im SGB XII die Fälle der Teilhabeeinstellungen und ab 01.01.2020 die stationären Maßnahmen im Rahmen der Gesamt- und Teilhabeplanung gesteuert.</i>		





Jugendamt-Fachbereich Migration & Integration

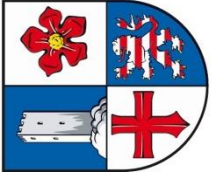
Aufgaben

- Prüfung der Anträge
- Prüfung des Vorliegens einer Teilhabebeeinträchtigung
- Einleitung und Steuerung der Hilfen analog der gesetzlich verankerten Hilfeplanung
- Interdisziplinäre Kooperation mit z.B. Fachdienst Integration von Kindern mit Behinderungen in Tageseinrichtungen, Gesundheitsamt, Schulen, Beratungs- und Förderzentren, Kitas, Leistungserbringer, Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Beratung und Begleitung von Erziehungsberechtigten
- Beschwerdemanagement/Krisenintervention



Gewährung von:

- Integrationsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen
- Autismus-Therapien
- Teilhabeassistenzen an Schulen
- unterstützende/ergänzende Hilfen innerhalb der Familie
- Unterbringung in teil- und stationären Einrichtungen



KREIS BERGSTRASSE

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!